



Neue Eskalationsstufe extrem rechter Gewalt

Aktuelle Stunde im Landtag zum Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ in Kahla

Die Fraktionen DIE LINKE und SPD haben gemeinsam für die Februar-Sitzung des Thüringer Landtags eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Brandanschlag in Kahla - Neue Eskalationsstufe rechter Gewalt in Thüringen?“ eingebracht. Den beiden Fraktionen geht es darum, die massive Zunahme neonazistischer und rassistischer Gewalt in Thüringen gegen Geflüchtete, Unterstützer und jene Menschen, die sich für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft einsetzen, zu thematisieren und ein politisches Signal aller demokratischen Parteien verbunden mit der notwendigen Solidarität mit den Betroffenen zu setzen.

In der Nacht vom 14. zum 15. Februar war auf das „Haus der Demokratie“ in Kahla ein Brandanschlag verübt worden. Die Flammen verbrannten die Fassade, die über dem Demokratie-Laden wohnenden Menschen kamen mit dem Schrecken davon. Auch die Scheiben eines nahegelegenen SPD-Büros waren in dieser Nacht eingeworfen worden. Der Staatsschutz nahm die Ermittlungen wegen vorsätzlicher Brandstiftung und politisch motivierter Sachbeschädigung auf.

Susanne Hennig-Wellso, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, zeigte sich bestürzt. Namens der Linksfraktion erklärte sie den Betroffenen ihre Solidarität und sagt Unterstützung zu. „In der Stadt Kahla ver-

suchen Neonazis seit mehreren Jahren, ein Klima der Angst zu schaffen. Menschen und Einrichtungen, die sich für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft einsetzen, werden immer wieder zur Zielscheibe von rechten Bedrohungen oder Übergriffen“, betonte die Abgeordnete. In der Region habe rechte Gewalt zudem eine unrühmliche Tradition, sei hier doch der spätere NSU entstanden, der sich aus dem in Ostthüringen gegründeten „Thüringer Heimatschutz“ gebildet habe. Die Polizei sei jetzt gefordert, mit hohem Ermittlungsdruck die Anschläge aufzuklären. Es gelte, die Täter mit aller Strenge zur Verantwortung zu ziehen.

Das allein reiche jedoch nicht aus. „Es braucht mehr mutige Menschen, die in Kahla ihre Stimme erheben, und auch ein politisches Signal aller demokratischen Parteien vor Ort“, mahnte die Fraktionsvorsitzende. Immerhin habe zuletzt einer der beiden Neonazis, die über die NPD-Liste in den Stadtrat von Kahla eingezogen sind, mit der Grafik einer Maschinenpistole zur „Verteidigung Europas“ aufgerufen. Der andere habe zum Barrikadenbau gegen Flüchtlinge aufgefordert. „Hier braucht es eine klare politische Haltung, die Neonazis Grenzen aufzeigt und sich mit Betroffenen neonazistischer Bedrohungen solidarisiert“, so Susanne Hennig-Wellso.

Mit Blick auf die Thematisierung der Anschläge im Landtag, weist die Linksfraktion darauf hin, dass in Thüringen rassistische und extrem rechte Aktivi-

täten und Proteste auf der Straße in den vergangenen Monaten massiv zugenommen, auch Opferberatungsstellen sprechen von einem alarmierenden Anstieg von Angriffen auf Geflüchtete und Unterstützer.

In Jena nahe Kahla wurden beispielsweise am 13. Januar zwei Afghanen mit einem Schlagstock attackiert, am 15. Januar wurden zwei Iraker angegriffen, einem mit einem Messer durch die Hand gestochen, am 10. Februar wurde in Jena ein syrischer Flüchtling mit einem Messer attackiert und verletzt, in Dörfeld versuchten am 14. Februar zwei Männer mit Eisenstange und Messer in eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge einzudringen, ein Flüchtling wurde verletzt.

Der Brandanschlag auf den Demokratieladen und ein SPD-Büro unterhalb bewohnter Räume in Kahla stellen eine neue öffentlich wahrnehmbare Eskalationsstufe mutmaßlich extrem rechter Gewalt in Thüringen dar, Neonazis versuchen seit mehreren Jahren, ein Klima der Angst vor Ort zu schaffen, der Demokratieladen in Kahla wurde wiederholt attackiert.

Wie jetzt eine Umfrage des MDR bei den Innenministerien in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ergeben hatte, ist die Zahl der Angriffe auf Politiker, Wahlkreis-Büros und Parteigeschäftsstellen in Mitteldeutschland extrem angestiegen. In Thüringen wurden im vergangenen Jahr 45 Straftaten gegen Wahlkreisbüros gemeldet, fast doppelt so viele wie im Jahr 2014. ■

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Thüringen leistet bei der Unterbringung von Flüchtlingen Großartiges

Mehr als 9.500 Flüchtlingsunterbringungsplätze wurden 2015 mit Landesfördermitteln in Höhe von über 71 Millionen Euro in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen neu geschaffen. Unter anderem damit konnte es gelingen, auf die Herausforderungen der gestiegenen Zahlen ankommender Asylsuchender im Freistaat zu reagieren.

Man muss es immer wieder sagen und würdigen: In Thüringer Kommunen wird Großartiges geleistet. Hinter jeder einzelnen finanziellen Förderung stehen Kommunen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden und ehrenamtliche Initiativen mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern, die sich für Flüchtlinge engagieren - oft auch mit ihnen gemeinsam - und ohne die Kanzlerin Merksels ‚Wir schaffen das!‘ eine Worthülse geblieben wäre. Diesem Engagement kann gar nicht genug gedankt werden.

Wie der Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Dieter Lauinger (Grüne), mitgeteilt hat, nahmen die Thüringer Kommunen 2015 mehr als 19.000 Flüchtlinge auf, die aus den Landeserstaufnahmestellen in die Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen verteilt wurden.

Dass der rot-rot-grüne Anspruch einer humanen und an den Menschenrechten ausgerichteten Flüchtlingspolitik auch durch die Kommunen des Landes mitgetragen wird, zeigt sich unter anderem an der Inanspruchnahme der durch die Landesregierung neu eingeführten Investitionskostenpauschale für die Schaffung von Unterbringungsplätzen in Wohnungen. Seit 1. Januar wird diese nach der geänderten Thüringer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung mit 1.000 Euro pro Platz gefördert. Bereits 800 Anträge auf diese Förderpauschale liegen mittlerweile vor.

Die Unterbringung in Wohnungen ist eine der zentralen Maßnahmen, den Menschen ein selbstbestimmtes Leben und das Ankommen und die Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. So zeigt Thüringen, wie man es schaffen kann.

Sabine Berninger ist Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag für Flüchtlings- und Integrationspolitik

AKTUELL

Zustimmung für längeres gemeinsames Lernen

„Wenn Mike Mohring aus der jüngsten, von der CDU in Auftrag gegebenen, Dimap-Umfrage unter etwa 2.000 Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland eine Stellungnahme für das gegliederte Schulsystem herausliest, so kann man dies - für die Länder außerhalb Bayerns und Baden-Württembergs - nur als bewusste Fehlinterpretation bezeichnen“, kritisierte der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Torsten Wolf.

Offenbar wolle der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion das Ergebnis der eigenen Bildungs-Studie nicht wahrhaben. „Dass die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern, vor allem in Thüringen, das deutsche

Bildungssystem besonders kritisch bewerten, weist eher auf das Gegenteil hin: hier sind die Menschen offensichtlich der Meinung, dass längeres gemeinsames Lernen, wie es in der DDR umgesetzt worden war, der bildungsmäßigen Entwicklung besser tut“, betonte der Abgeordnete.

„Wenn nur 30 Prozent der Thüringer sich über das Thema Inklusion in der Schule informiert fühlen, ist dies aber ein klarer Auftrag an die Landesregierung.“ Was die Rolle der Förderschulen angehe, vertrete die Linksfraktion durchaus die Position, die von der CDU 2003 ins Schulgesetz aufgenommen wurde: Vorrang des gemeinsamen Unterrichts. „Natürlich brauchen wir Förderschulen auch zukünftig: in einigen Fällen werden sie dauerhaftes Angebot bleiben, weil eine gemeinsame Be-

schulung nicht möglich ist. Bei einigen Schülern werden temporäre Beschulungsformen wichtig sein, ansonsten brauchen wir die Förderschulen als Kompetenzzentren zur Unterstützung des gemeinsamen Unterrichts. Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass die Förderschule eine Kehrseite hat: durch die strikte Separierung sind teilweise bis zu acht Prozent der Schüler eines Jahrgangs in Förderschulen beschult worden, sehr viele blieben ohne Abschluss.“

In diesem Jahr werden 500 neue Lehrerinnen und Lehrer sowie 200 zusätzliche Pädagogen und nochmals 50 Lehrer/-innen für Deutsch als Zweitsprache in den Schuldienst eingestellt - so viele wie noch nie seit 1990. „Rot-Rot-Grün investiert in Bildung und es geht voran“, so Torsten Wolf. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Gegen Aufweichungen beim Mindestlohn

Den „Integrationsplan für Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge“ des CDU-Bundesvorstandes kritisierten die Mitglieder der Linksfraktion im Thüringer Landtag Sabine Berninger und Ina Leukefeld. Das CDU-Papier enthalte mehr Schikanen als Integrationsmöglichkeiten. Es sei vorgesehen, anerkannten Flüchtlingen mindestens in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung den gesetzlich geltenden Mindestlohn zu verweigern, die Flüchtlinge befänden sich dann, so die zynische Wortschöpfung der CDU, in einer „verlängerten Praktikumszeit“. Die CDU zeige damit einmal mehr, so Sabine Berninger, dass „sie nicht an nachhaltiger Integrationspolitik interessiert ist, sondern Wahlkampf zu Lasten der Flüchtlinge betreibt. Die CDU treibt damit die Spaltung der Gesellschaft weiter voran, indem sie die Flüchtlinge gegen deutsche Arbeitnehmer ausspielt“, betonte die Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Auch Ina Leukefeld wendet sich strikt gegen das Aushebeln des Mindestlohnes für Flüchtlinge. „Das befördert Konkurrenz und gefährdet den sozialen Frieden“, warnte die Abgeordnete. „Der Mindestlohn muss als Lohnuntergrenze für alle gelten“, forderte die LINKE Arbeitspolitikerin. ■

15 Jahre Thüringer Bürgerbeauftragter

Zum 15jährigen Bestehen des Bürgerbeauftragten in Thüringen würdigten Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, und Anja Müller, Sprecherin der Fraktion für Petitionen und Bürgeranliegen, die Institution des Bürgerbeauftragten, „der neben dem Petitionsausschuss eine der wichtigsten Anlaufstellen für die Bürger ist, um ihre Rechte gegenüber Behörden und Verwaltungen zu wahren, und der sie im Umgang mit Verwaltungen berät“. Im Januar 2001 nahm der erste parlamentarisch gewählte Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen seine Tätigkeit auf. Die LINKE-Politikerinnen wiesen darauf hin, dass bereits 1992, dem Jahr der Erarbeitung der Thüringer Verfassung, die damalige PDS die Einrichtung eines Bürgerbeauftragten forderte, was jedoch die Regierungsparteien nicht mittrugen. Erst im Jahr 1999, sieben Jahre später, habe sich die Thüringer CDU im Laufe des Wahlkampfes für die Einsetzung eines Bürgerbeauftragten interessiert und es folgte das „Gesetz über den Bürgerbeauftragten“ vom 25.05.2000. ■

Rot-Rot-Grün treibt Transparenzgesetz voran

In einer gemeinsamen Veranstaltung am 18. Februar im Landtag hatten die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das weitere parlamentarische Verfahren auf dem Weg zu einem Thüringer Transparenzgesetz vorgestellt.

Als Referenten waren neben den fachpolitischen Sprechern der Fraktionen die Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Thüringens und des Landes Rheinland-Pfalz – Dr. Lutz Hasse und Prof. Dr. Dieter Kugelmann – sowie Michael Hirdes vom Chaos Computer Club eingeladen. Im Koalitionsvertrag haben die regierungstragenden Parteien vereinbart, das Thüringer Informationsfreiheitsge-

setz zu einem Transparenzgesetz weiterzuentwickeln.

Der Unterschied bestehe darin, dass der Staat künftig Informationen proaktiv für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen solle, erläuterte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dorothea Marx. „Die geltenden Transparenzgesetze in Hamburg und Rheinland-Pfalz markieren einen Paradigmenwechsel von einer Verwaltung, die Informationen im Grundsatz zurückhält und nur nach strengen Kriterien freigibt, hin zu einer modernen öffentlichen Verwaltung, welche die Grundlagen ihres Handelns von sich aus öffentlich und damit auch ihre Entscheidungsfindung transparent macht. Diesen Wechsel wollen wir auch in Thüringen vollziehen.“



Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, auf der Veranstaltung zu einem modernen Transparenzgesetz für Thüringen, zu dessen Kerninhalten ein Transparenzregister gehört, das ab 2019 an den Start gehen soll.

Mit Gedenktag Erinnerungsanstoß geben

Zur Februarsitzung des Thüringer Landtags haben die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagesgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts) zur ersten Beratung vorgelegt. Die Antragsteller haben sich im Koalitionsvertrag unmissverständlich dazu bekannt, dass „die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärtsgerichtet“ ist.

Vereinbart wurden auf lange Sicht angelegte Projekte der politischen Bildung, mit denen die Vergangenheit der DDR vielfältig und beispielhaft für die gesamte Bundesrepublik aufgearbeitet wird. In die Reihe von Projekten zur Aufarbeitung und Bildung gehören die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des SED-Unrechts.

Die gesetzliche Verankerung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechtes ist eine geeignete Form, das Gedenken und die Erinnerung auch in der gesellschaftlichen Debatte zu ver-

ankern. Der 17. Juni steht auch vor dem Hintergrund seiner differenzierten Geschichte beispielhaft für das Aufgehören von Menschen gegen Unrecht in dem von der SED geführten Staat DDR.

Im vergangenen Jahr wurde im Landtagsplenum zur Beratung des Gesetzentwurfs für einen Gedenktag 8. Mai deutlich, dass die Koalitionsfraktionen keine Gleichsetzung zwischen der Einzigartigkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus und dem SED-Unrecht anstreben und die Einführung weiterer Gedenktage sachlich und ergebnisoffen prüfen. Mit diesem (zweiten) eigenständigen Gesetz wird auch unterstrichen, dass keine Gleichsetzung stattfindet.

Mit dem Gedenktag soll der 17. Juni als ein Erinnerungsanstoß belebt werden, der der Gesellschaft einen Bezugspunkt anbietet, sich der demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte zu vergegenwärtigen und dem Ereignis einen angemessenen Platz in der europäischen Erinnerungskultur zuzuweisen. ■

Dirk Adams, Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte: „Wir wollen mehr Demokratie wagen und die beginnt mit mehr Informationen. Alles, was mit öffentlichen Geldern finanziert wird, sollte jeder und jedem zur Verfügung stehen. Denn Transparenz schafft Vertrauen.“

Mit einem Antrag im Märzplenum des Thüringer Landtags soll der Startschuss für einen Prozess unter Beteiligung von Bürgern, Initiativen und Verwaltung gegeben werden, an dessen Ende im Dezember 2016 das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren stehen werde.

„Die Erfahrungsberichte aus Hamburg und Rheinland-Pfalz haben deutlich gemacht, dass nur frühzeitige Einbindung aller Akteure und ein transparentes und integratives Herangehen an die Erarbeitung des Gesetzes selbst die nötige Akzeptanz und das Verständnis für ein veränderten Umgang mit Informationen und Vorgängen der öffentlichen Verwaltung schaffen können“, fasste der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Steffen Dittes, seine Eindrücke aus der Veranstaltung zusammen. Es gelte, sich die Erfahrungen anderer Länder bei der Erarbeitung der Gesetze und bei der Umsetzung genau anzusehen und für den eigenen Gesetzgebungsprozess nutzbar zu machen.

Ein solches modernes Transparenzgesetz mit einem Transparenzregister sei kein Selbstzweck hatte der LINKE-Politiker betont und auf die Notwendigkeit der Überwindung der Distanz zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern hingewiesen. ■

Weitere staatliche Regelungen unnötig

Dass im Zusammenhang mit Diskussionen um eine Sonntagsöffnung von Geschäften am 1. Mai 2016 das Thüringer Ladenöffnungsgesetz nicht geändert wird, nimmt Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, gelassen zur Kenntnis. Jedoch entbehre die Argumentation der CDU und einiger Wirtschaftsverbände, dass der 1. Mai besonders geschützt sein müsste, damit er nicht zu einem verkaufsoffenen Sonntag werde, der moralischen Achtung vor den geschichtlichen Hintergründen dieses Tages. Der Gesetzgeber lasse den Städten und Kommunen die Entscheidung frei, jährlich an höchstens vier Sonn- und Feiertagen Verkaufsstellen zu öffnen. „Letztlich ist es die Entscheidungsfindung, die zu einem solchen Streitfall geführt hat. Hätten die Verantwortlichen von Anfang an die Arbeitnehmervertretungen einbezogen, wäre es nicht zu dieser undemokratischen und unglücklichen Entscheidung gekommen.“ ■

Mehr Arbeitslose auf offene Stellen vermitteln

Auf Anregung des Runden Tisches der sozialen Verantwortung hatte kürzlich die Linksfraktion im Thüringer Landtag zu einem Fachgespräch zum Thema „Arbeitsvermittlung zwischen Bedarf, Anspruch und Wirklichkeit“ eingeladen. Die Arbeitspolitikerin Ina Leukefeld konnte neben Vertretern des Runden Tisches Verantwortliche aus dem Thüringer Arbeitsministerium, von Jobcentern, der IHK, von Bildungs- und Maßnahmeträgern, der Gewerkschaften, des Thüringer Arbeitslosenparlamentes, insbesondere auch von TALISA und dem Thüringer Arbeitslosenverband sowie der Parität begrüßen.

Bei der in dieser Form noch nicht dagewesenen Verständigung zwischen allen Beteiligten ging es vor allem um folgende Fragen: warum gestaltet sich bei 18.000 freien Stellen in Thüringen die Vermittlung von Arbeitslosen, deren Zahl noch immer bei etwa 80.000 liegt, so schwierig; was kann dagegen getan werden; welche Erfahrungen gibt es; wie gelingt es, auch die 30.000 Langzeitarbeitslosen an der wirtschaftlich guten Entwicklung in Thüringen teilhaben zu lassen?

Wie Ina Leukefeld in einem Fazit zur Veranstaltung unterstrich, sei die regionale Spreizung, was das Verhältnis von Arbeitslosen und offenen Stellen in den Unternehmen betrifft, sehr groß. Für sie ergebe sich daraus die Schlussfolgerung, dass die Arbeitsmarktpolitik noch stärker mit der Strukturpolitik verbunden werden muss. Eine Notwendigkeit, die sich auch aus der nach wie vor bestehenden Spaltung auf dem Arbeitsmarkt ergibt: Etwa die Hälfte aller arbeitslos gewordenen Menschen werden innerhalb der ersten sechs Monate vermittelt, zugleich sind knapp die Hälfte der Arbeitslosen in Thüringen schon länger als zwei Jahre ohne Beschäftigung. Dabei klagt die Wirtschaft über Fachkräf-

temangel, übersieht aber allzu häufig die Arbeitslosen und ihre Qualifikationen und Erfahrungen. So stehen etwa 100 offenen Stellen bei den Fertigungsberufen 123 entsprechend qualifizierte Arbeitslose gegenüber. Kritik richtete sich auch an die Bundesebene, die z.B. das Programm „Perspektive 50plus“ für die Vermittlung von über 50jährigen Arbeitslosen ersatzlos gestrichen hat. Sicherlich sei bei allem



die Qualifizierung der Menschen eine der grundlegenden Fragen, so Ina Leukefeld. Aber deutlich sei auch geworden, dass zunächst die Arbeitsvermittlung im Vordergrund stehen muss. Unter den konkreten Anforderungen vor Ort und bei betrieblicher Qualifizierung seien die Erfolgchancen wesentlich größer. Hingewiesen worden sei auch auf die Notwendigkeit eines betrieblichen Gesundheitsmanagements, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dabei mit Blick auf Alleinerziehende die Absicherung von Kinderbetreuung in den Randzeiten.

Langzeitarbeitslose brauchen zudem sozialintegrative Leistungen. Für sie könnte z.B. über die in allen Kreisen vorhandenen Integrationszentren eine assistierte Arbeitsvermittlung hilfreich sein. Die Abgeordnete der Linksfraktion verwies mit Blick auf den hohen An-

teil älterer Langzeitarbeitsloser auf die Anstrengungen der rot-rot-grünen Landesregierung – und hier vor allen des Arbeitsministeriums unter Leitung von Ministerin Heike Werner (LINKE) –, Arbeitsplätze und Qualifizierungsmaßnahmen über entsprechende Landesprogramme und Projekte zu fördern. 30 Millionen Euro stellt das Land dafür in diesem und im nächsten Jahr zur Verfügung.

Inge Hannemann beim Arbeitslosenparlament

Die 38. Tagung des Thüringer Arbeitslosenparlamentes findet am Donnerstag, den 10. März, 9.30 bis 13 Uhr, erstmals im Plenarsaal des Thüringer Landtags statt. Gastrednerin ist Inge Hannemann, die legendär gewordene Streiterin für die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen. Sie war als Mitarbeiterin des Jobcenters Altona suspendiert worden und sitzt seit 2015 mit einem Mandat der Partei DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft. Thema ihrer Rede im Thüringer Landtag: „Aufrecht bestehen – Ansprüche verteidigen – Sanktionen abschaffen – Arbeitsplätze schaffen“. Am Nachmittag wird sie auch an der Donnerstags-Demo auf dem Erfurter Anger teilnehmen.

VON A BIS Z:

Artenvielfalt

Mit dem Antrag „Artenreiches Grünland, Ökolandbau und artenreiche Fruchtfolgen auf intensiv genutzten Ackerstandorten stärker fördern“ setzen wir die richtigen Signale für eine nachhaltige Landwirtschaft, so die Sprecherin für Agrar- und Regionalpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Johanna Scheringer-Wright, mit Blick auf den Koalitionsantrag zur Landtagssitzung. Dies bringe einen zusätzlichen Anreiz für Landwirte, sich nicht nur am Markt zu orientieren, sondern auch ökologische Belange im Blick zu haben. „Bienen und andere Bestäuber werden von einer höheren Vielfalt auf Wiesen, Weiden und Feldern profitieren.“

Die Agrarlandschaft gewinne durch die höhere Artenvielfalt auch an Attraktivität. Aber auch Grundwasserkörper, Bäche und Seen könnten durch eine vielfältige Fruchtfolge mit Zwischenfrüchten entlastet werden. „Es können gezielt Ackerpflanzen angebaut werden, die Nährstoffüberschüsse abbauen und dadurch weniger Nährstoffe ins Grundwasser gelangen lassen“, sagte die Agrarexpertin. Für viele Grundwasserkörper sei eine Verbesserung gerade mit Blick auf Nitrat dringend geboten.

Daheer mache es Sinn, über eine Verbindung der Mittel aus Landwirtschaft und Umwelt sowohl das Ziel Artenvielfalt, wie auch Gewässerschutz gleichzeitig zu verfolgen. Auch der ökologische Landbau kann hier einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Nitratfrachten leisten.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags sind anberaumt am 16. und 17. März, am 20. und 21. April sowie in der Zeit vom 18. bis 20. Mai. Die letzten Sitzungstage vor der parlamentarischen Sommerpause finden vom 22. bis 24. Juni statt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Milchwirtschaft

Beim 20. Thüringer Milchtag auf der Erfurter Messe sagte Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (LINKE) mit Blick auf die niedrigen Milchpreise: „Zusammen mit den Milchbauern will ich Lösungen finden, die Produzenten und Verbrauchern gerecht werden. Wir wollen die regionalen Wertschöpfungsketten stärken. Hierzu gehören Milchbauern, Molkeereien, Lebensmittelhandel und Verbraucher an einen Tisch. Wir sollten auf hervorragende und höherwertige Lebensmittel aus einer nachhaltigen Landwirtschaft setzen. Wichtig ist dabei, die Produktionsmengen an die Märkte anzupassen. Die Lösung für den Milchpreis liegt nicht auf dem Weltmarkt und einer noch stärkeren Exportorientierung.“

Bundestrojaner

Zu Medienberichten, dass der so genannte Bundestrojaner – ein Schadprogramm der Bundesregierung zum heimlichen Ausspähen von Computersystemen durch staatliche Behörden – kurz vor der Freigabe durch das Bundesministerium des Innern stehe, erklärte MdL Katharina König (LINKE): „Zunehmend erweisen sich die Sicherheitsbehörden als große Unsicherheitsfaktoren im digitalen Bereich. Wer vorsätzlich Sicherheitslücken und Schadsoftware in die Welt setzt, gefährdet die Sicherheit aller Bürger. Wer Schadsoftware verbreitet, vor der normale Antivirensoftware nicht mehr schützt, eröffnet ein riesiges Sicherheitsproblem, da diese Software auch von Kriminellen kopiert werden kann.“

Nachbarrecht

Mit dem jetzt zur Beschlussfassung dem Landtag vorliegenden geänderten Thüringer Nachbarrechtsgesetz geht es um Regelungen zum Umgang mit baulicher Wärmedämmung, vor allem bei „Nachrüstung“ von älteren Gebäuden, die Neugestaltung von Abstandsregelungen und um die Stärkung der Konfliktlösungsfunktion des Nachbarrechts. In der Beratung des Gesetzentwurfs wurden die Regelungen, dass in bestimmten Umfang die Nachrüstung mit Wärmedämmung durch den angrenzenden Nachbar geduldet werden muss, als praktikabel eingeschätzt. Auch soll weiterhin der Mindestabstand bei Anpflanzungen (z.B. Bäumen), die an öffentliche Verkehrsflächen angrenzen, eingehalten werden.

KURZ UND PRÄGNANT

„Zukunftsprogramm“ Funke-Mediengruppe

Die Funke Mediengruppe baut ihre Zeitungen in Thüringen mit einem „Zukunftsprogramm“ weiter um. Wie bereits vermutet, wird dabei zentralisiert. In einer aktuellen Pressemitteilung der Funke Mediengruppe heißt es: „Anstelle der bisherigen drei parallelen Mantelredaktionen der TA, OTZ und TLZ wird eine neue Redaktionsgesellschaft gegründet, die zentraler Content-Lieferant für alle drei Titel ist. Die drei Chefredakteure werden diese Redaktion gemeinschaftlich inhaltlich steuern und für die individuelle Ausprägung der einzelnen Titel sorgen. Ab dem Sommer wird außerdem die FUNKE-Zentralredaktion in Berlin mit der Belieferung nationaler und internationaler Inhalte aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Ratgeber, Wissen und Vermischtes beginnen. Überregionale Sportinhalte liefert das neue Kompetenzzentrum in Essen. Die Details werden derzeit mit den Betriebsräten verhandelt. Bei der OTZ ist eine Einbeziehung der Kartellbehörden notwendig.“

Thüringer Wald wird Chefsache

Die kürzlich vom Wirtschaftsministerium vorgestellten Pläne für die weitere Entwicklungsstrategie der Region Thüringer Wald wurden von Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion, ausdrücklich begrüßt: „Der Thüringer Wald und die Städteketten bilden das Rückgrat des Thüringen-Tourismus und sind Schrittmacher für weitere Thüringer Regionen. Sie stehen synonym für Natur und Kultur. Mit dem Regionalkonzept beweist Rot-Rot-Grün, dass wir den Tourismus als Quelle regionaler Wertschöpfung und nachhaltigen Wirtschaftsfaktor weiter in den Fokus nehmen.“ Der Abgeordnete betonte, dass diese besondere Bedeutung auch durch die Schirmherrschaft Bodo Ramelows zum Ausdruck kommt. „Unser Ministerpräsident macht die Entwicklung des Thüringer Waldes zur Chefsache. Zukünftig stehen alle relevanten Akteure gemeinsam für den Erfolg in der Region – von der Landesspitze bis zur kommunalen Ebene. Zugleich setzt das Konzept ein klares Signal für nachhaltige Strukturen und Ganzjahresangebote. Damit setzt Rot-Rot-Grün nach der politischen Unterstützung für das Rennsteig-Ticket, dem im Januar auf den Weg gebrachten Masterplan Wanderwegenetz nun ein drittes klares Signal regionaler Tourismus- und Wirtschaftsentwicklung“, erläuterte der Tourismuspolitiker abschließend.

Das Gleichstellungsgesetz soll überarbeitet werden

NACHGEFRAGT bei Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion

Kürzlich fand eine Klausurtagung des Koalitionsarbeitskreises „Arbeit und Soziales“ statt, an der die entsprechenden fachpolitischen Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der rot-rot-grünen Koalition sowie des zuständigen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie teilnahmen. Welches Resümee kannst Du dazu ziehen?

Ich denke, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage: alle Beteiligten haben festgestellt, dass die Zusammenarbeit innerhalb unseres Koalitionsarbeitskreises in den vergangenen Monaten sehr gut gelungen ist, und daran wollen wir natürlich auch in diesem Jahr festhalten.

Woran habt Ihr das festgemacht?

Ich nenne ein paar Beispiele, an denen wir mitgewirkt haben und die für die erfolgreiche Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierung für Thüringen und seine Menschen stehen. Es konnten verschiedene Programme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aufgelegt werden. Das vielfach kritisierte Thüringer Erziehungsgeld wurde abgeschafft. Und wir haben in gemeinsamen Fachgesprächen der Koalitionsfraktionen weitere „Baustellen“ bearbeitet. Dabei ging es um familienpolitische Themen, die Krankenhausplanung, den Thüringer Pflegepakt, die Begleitung des Rundes Tisches „Familie und Geburt“, die gesicherte finan-

zielle Ausstattung der Frauenhäuser und Interventionsstellen für von Gewalt bedrohter Frauen.

Was wird in diesem Jahr im Vordergrund stehen?

Nehmen wir den großen Bereich Gesundheit, da wird uns die Thüringer

der Umsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms und den Projekten öffentlich geförderter Beschäftigung. Besonders wollen wir uns auch um den Abbau prekärer Arbeit – also Leiharbeit, Werkverträge und befristete Beschäftigung – kümmern.

Auch verschiedene Gesetzesinitiativen sollen ergriffen werden.

In den nächsten Monaten wird die Novellierung des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes in Angriff genommen, dazu die Evaluierung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Des Weiteren sind wir in der Diskussion zur Einführung eines Sinnesbehindertengesetzes. Wir werden an einem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ mitarbeiten sowie an der Novelle des Seniorenmitwirkungs-gesetzes. Nicht zuletzt, und das ist mir auch als Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses im Landtag wichtig, soll das Thüringer Gleichstellungsgesetz den aktuellen und künftigen Herausforderungen entsprechend überarbeitet werden.

Archivfoto: Gemeinsame Aktion der Koalitionsfraktionen vor dem Landtag im vergangenen Jahr zum Equal Pay Day, dem internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, in diesem Jahr am 19. März. Karola Stange in der Bildmitte.



Krankenhausplanung weiter beschäftigen. Hinzu kommt die anstehende Etablierung eines landesweiten Krebsregisters. Die Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst müssen weiter verbessert werden, und wir werden die Gründung der Landesgesundheitskonferenz sowie deren Arbeit konstruktiv begleiten. Ähnliches gilt für die Begleitung des Thüringer Pflegepaktes und die Mitarbeit an der Etablierung eines Branchentarifvertrages in diesem Bereich. Was das große Thema Arbeit betrifft, bleiben wir dran an



Die herzlichen Glückwünsche der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zum 60. Geburtstag von Ministerpräsident Bodo Ramelow überbrachten am 16. Januar in der Staatskanzlei die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow sowie zahlreiche weitere Abgeordnete und Gratulanten aus Politik und Gesellschaft. Zu den Geschenken zählte eine individuell gestaltete Torte, die unter anderem Thüringer Produkte und politische Schwerpunkte der Linksfraktion repräsentierte.

Bodo Ramelow in 162 Zitaten

Bodo Ramelow ist am 5.12.2014 vom Thüringer Landtag zum ersten linken Ministerpräsidenten in Deutschland gewählt worden. Im Jahr 1999 erstmals in den Landtag eingezogen, hat er die Landespolitik über Jahre nachhaltig geprägt. Geradezu legendär sind viele seine öffentlichen Äußerungen. Der Thüringer Allgemeinen gilt er als „bester politischer Redner“ im Freistaat.

Stefan Wogawa hat anlässlich des 60. Geburtstags von Bodo Ramelow am 16.2.2016 markante Zitate des scharfzüngigen politischen Ausnahmetalents gesammelt. Entstanden ist ein Buch, das Aussprüche aus zwei Jahrzehnten versammelt. Sie reichen von ernst bis heiter, greifen Themen wie Beruf („Mein Sohn sagte mal im Kindergarten, sein Vater wäre von Beruf Geschichtenerzähler.“), Energiepolitik („Zur Energiewende gehört Demokratisierung.“) oder Regieren („Ich werde mich nicht ins Organisieren von Geburten einmischen.“) auf. Eindrucksvoll gerade angesichts der aktuellen Ereignisse ist das folgende Diktum: „Nach



Rüstung kommt Krieg und nach Krieg kommen die Folgen.“ Das titelgebende Zitat über die Opposition stammt übrigens aus dem Jahr 2002. (ar)

„Es reicht nicht, Opposition zu sein“. Bodo Ramelow in 162 Zitaten von A bis Z (zusammengestellt und herausgegeben von Stefan Wogawa), THK Verlag Arnstadt 2016, 104 S., ISBN 9783945068076, 8,90 EUR

DAS THEMA

Auf dem Weg zur digitalen Gesellschaft

Zu Möglichkeiten und Risiken der Digitalisierung in den Thüringer Rathäusern

Die Digitalisierung gilt als eines der Schlüsselthemen des 21. Jahrhunderts. Nach Dampfmaschine, Fließband und Computer soll nun eine vierte industrielle Revolution mit Maschinen, die selbständig „denken“ und miteinander „reden“, folgen. Dieser Prozess, gern abgekürzt mit „Industrie 4.0“ oder „Wirtschaft 4.0“, schafft wieder ganz neue Anforderungen an Technik und Arbeitskraft, Verbraucher- und Arbeitsschutz. Doch selbstverständlich bleibt eine solche Entwicklung nicht auf die Arbeitswelt beschränkt, sondern richtet sich auf alle Teile unserer Gesellschaft, bildet Chancen und schafft Herausforderungen.

Die LINKE im Thüringer Landtag lehnte sich mit ihrer Konferenz zum Thema „Kommune 4.0“ am 5. Februar bewusst nicht nur an die Debatten an, sondern wollte auch genau die Möglichkeiten sowie Risiken erkunden, welche das Vordringen der Digitalisierung in Rathäuser, kommunale Verwaltungen und Stadtwerke mit sich bringt.

Nach der Eröffnung durch Katharina König, Netzpolitikerin der Linksfraktion, verwies Dr. Lutz Hasse, Datenschutzbeauftragter des Landes, auf den notwendigen sensiblen Umgang mit den großen Datenmengen in den Behörden. In den vielen kleinen Ver-

und dem Breitbandkompetenzzentrum des Landes tätig werden, um schnellstmöglich auf bereitgestellte aber knappe Bundesmittel zuzugreifen.

Malte Krückels, als Staatssekretär in der Thüringer Staatskanzlei u.a. für Medien zuständig, verwies auf die Vielfältigkeit der Themenbereiche, welche von Fragen der Digitalisierung auf der kommunalen Ebene betroffen sind.

Wirtschaft einzufordern, statt teure Softwarelösungen zu erwerben, die für ihre Bedarfe gar nicht passen. In den Verwaltungen müsse ein Geist einkehren, der die Bereitschaft für Eigenanalyse und Selbstveränderung stärkt, hierzu müsste insbesondere motivierten Kolleginnen und Kollegen als Wegbereitenden der Rücken gestärkt werden. Dann wurde es konkret: Vier Pra-



Bei ihren Ausführungen und Diskussionsbeiträgen auf der Fachtagung: Staatssekretär Georg Maier, Netzpolitikerin Katharina König (oben), Bastian Bittorf (Freifunkinitiativen), Juliane Witt (BAG Netzpolitik) und Lutz Rak (WLAN-Netz Gera) (v.l.).



waltungen in Thüringen würde es oftmals an unabhängigem Fachpersonal, der notwendigen Informationstechnik und auch schlicht an Zeit mangeln, um notwendige Standards zu erreichen. Dies, so der Datenschutzbeauftragte weiter, werde auch mit dem anstehenden Transparenzgesetz, das den Bürgern einen stark vereinfachten Zugriff auf Verwaltungsdaten bieten soll, nicht leichter und ziehe neue Anforderungen nach sich. Grundsätzlich gelte, dass Datenschutz und Transparenz in die Köpfe der Verwaltungschefs müssen, um erfolgreich gelebt zu werden.

Georg Maier, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, begann mit einem kritischen Blick auf die zunehmende Verwertung von Nutzerdaten für wirtschaftliche Zwecke. Dennoch betonte er die Chancen, die etwa in einem schnelleren und transparenteren Verwaltungshandeln oder auch der Ansiedelung neuer Unternehmen lägen. Aus Sicht des Wirtschaftsministeriums bestehe die vorrangige Aufgabe in der Schaffung der notwendigen Breitbandinfrastruktur. Hier müssten die Kommunen zusammen mit Landkreisen

Dies beginne bei der Digitalisierung der Bürgermedien, setze sich mit der Liveübertragung der Stadtratssitzung im Internet fort und sei mit der flächendeckenden Einrichtung von Bürgerservicebüros als Anlaufstellen für alle Bürgerbelange und Online-Formularen noch lange nicht zu Ende. Zur Koordinierung werde ein Beirat für kommunales E-Government gebildet.

Digitale Wende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern

Nach den Grußworten drang Juliane Witt von der mitveranstaltenden BAG Netzpolitik der LINKEN mit ihren Beiträgen tiefer in die andiskutierte und vielschichtige Materie ein. Ihre Forderung: Aktivierende Kommunen sollten zum Gelingen der digitalen Wende bewusst tätig werden. Bürgerinnen und Bürger sollten motiviert werden, ihre Kenntnisse einzubringen, Forderungen an die Verwaltungsebenen zu formulieren und mit Lösungsvorschlägen beizutragen. Kommunen müssten das Knowhow entwickeln, um passgenaue Lösungen für ihre Aufgaben von der

xisbeispiele sollten Mut und Lust auf Digitalisierung machen, aber auch einem kritischen Blick unterzogen werden. Lutz Rak stellte das Projekt für ein kostenfreies kommunales WLAN-Netz in Gera vor. Stadt und Bürgernetz hatten gemeinsam eine Ausschreibung des Landes gewonnen und können in den kommenden drei Jahren für ca. 200.000 Euro ein flächendeckendes offenes Funknetz installieren.

Steffen Triebel von den Erfurter Verkehrsbetrieben (EVAG) erläuterte das in allen Erfurter Straßenbahnen zur Verfügung gestellte kostenfreie WLAN, das hervorragend angenommen werde. Die EVAG verspricht sich vor allem eine gesteigerte Attraktivität, der Sponsor Stadtwerke einen kostengünstigen Beitrag zum Stadtmarketing. Nachfragen gab es zur Nutzung der Übertragungsdaten und zum Datenvolumen. Im Anschluss referierte Bastian Bittorf zum Freifunk in Thüringen. Freifunkinitiativen sind Vereine, in denen Ehrenamtliche mit viel Energie freie Netze schaffen: nicht-kommerziell und für alle jederzeit zugänglich. So rüsten sie z.B. Geflüchtetenunterkünfte aus

und auch so manches Wahlkreisbüro der LINKEN, etwa in Erfurt und Gera. Den Abschluss bildete das Open Data-Portal der Stadt Moers, vorgestellt von Claus Arndt. Open Data versucht, möglichst alle Verwaltungsdaten, sofern nicht der Datenschutz dagegenspricht, Schritt für Schritt ins Netz zu stellen. Daraus ergeben sich interessante Verwendungen, die einem auf den ersten Blick vielleicht gar nicht einfallen würden: So wurde die durchschnittliche Wartezeit im Bürgerservicebüro erfasst und online gestellt, so dass sich Bürger daran orientieren und gezielt zu Zeiten mit wenig Betrieb erscheinen können.

In den Arbeitsgruppen der Tagung wurden einzelne Themen wie Open Data, Freifunk und kommunales WLAN nochmal vertieft. Am Ende konnte sich Katharina König für die vielen Anregungen des Tages bedanken, die nun in das weitere politische Handeln der LINKEN und der rot-rot-grünen Koalition einfließen werden. Am Ende waren sich alle Anwesenden einig, dass der Weg zur digitalen Kommune in Thüringen noch lang ist, es sich aber lohnt, diese spannende Herausforderung anzugehen und die Kommunen auf dem Weg dorthin politisch zu unterstützen.

Thomas Völker

Fotos: Peter Lahn, Stefan Wogawa

Videos zur Konferenz:

www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/i_o/kommune_40/

Lauer Wind und heiße Luft

Eindrücke vom Windkraftforum der CDU-Landtagsfraktion von MdL Steffen Harzer

Das groß angekündigte Windkraftforum der CDU-Landtagsfraktion entpuppte sich beim näheren Hinsehen als Flop. Der gewünschte Bürgerdialog blieb aus, statt gemeinsam über Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme zu diskutieren und auch denen das Wort zu geben, die sich Pro Windkraft aussprechen, war die Veranstaltung am 16. Februar im Thüringer Landtag sehr einseitig gegen Windkraft ausgerichtet.

Gerade wer behauptet, den Dialog zu wollen, muss mit der Auswahl seiner Referenten und Podiumsteilnehmer zeigen, dass er das auch lebt. Aber schaute man auf die Liste, so vermisste man die Dialogbereitschaft.

Dr. Eckart Ilian, Sprecher der Vereinigung der Bürgerinitiativen gegen Windkraft in Thüringen, gab als Eröffnungsredner die Linie vor, ihm folgte der praktizierende Tierarzt Norbert Schumacher aus Mecklenburg-Vorpommern, der den dortigen Landesverband gegen Windenergie vertrat und neben dem Widerstand gegen Offshore-Windanlagen - wahrlich ein drängendes Thüringer Problem - in seinem Vortrag das in Mecklenburg-Vorpommern geplante Bürger- und Kommunalbeteiligungsgesetz kritisierte und ansonsten für seine geplante Antiwindpartei warb. Daher arbeiten wir in Thüringen lieber an Zukunftsthemen, wie einem Klimagesetz und darauf aufbauend einer Energie- und Klimaschutzstrategie. Zumindest fachlich überzeugen konnte Dr. Jochen Bellbaum, Ornithologe der Wildtierstiftung Deutschland, der aber schon mit dem

Titel seines Vortrages, „Mit der Ketten säge - für die Windkraft“, seine Meinung kundtat. Der angekündigte „Experte“ zu Infraschall blieb krankheitsbedingt der Veranstaltung fern, ob die Medienberichterstattung über seine mangelnde fachliche Qualifikation zu dieser Erkrankung beigetragen hatte, kann nur spekuliert werden.

Die CDU verlor in ihrem Bürgerdialog kein Wort darüber, dass sie in Regierungsverantwortung auf Landesebene die Einführung der 10H-Regelung (Abstände von Windkraftanlagen zu Wohngebäuden; 10H-Mindestabstand; dabei steht H für Nabenhöhe zuzüglich Radius des Rotors) bereits 2013 im Bundesrat, ohne Beteiligung der Bürger oder des Landtages, abgelehnt hatte.

Ressentiments, gemischt mit falschen Zahlen und Fakten

Noch interessanter ist die damalige Begründung: Mit der angestrebten Regelung ist das energiepolitische Ziel der Landesregierung nicht zu erreichen, da dazu eigentlich zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft notwendig sind. Der Energiepolitiker der CDU-Fraktion, Stefan Gruner, müsste daran als damaliger Referent der CDU-Ministerpräsidentin noch lebhaftere Erinnerungen haben.

Nicht erwähnt wurde auch, dass das viel kritisierte Döpel-Gutachten vom damaligen CDU-Bauminister Christian Carius, heutiger Thüringer Landtagspräsident, in Auftrag gegeben wurde. Ebenfalls nicht erwähnt wurde, dass die Regionalpläne Wind in Ost- und Mittelthüringen deshalb von den Verwaltungsgerichten gekippt wurden,

weil sie geltendem Recht widersprachen. Dies wiederum lag aber nicht daran, dass die Mitarbeiter das Recht nicht anwenden konnten, vielmehr waren es die CDU-Landräte, die aus politisch-ideologischen Gründen gegen die Windkraft agierten.

Daher war an diesem Abend wenig Konkretes zu hören, außer parteipolitischen Ressentiments der CDU gegen die Landesregierung, Pseudowissenschaftliches zu Infraschall, falschen Darstellungen von Planungsprozessen in der Regionalen Planungsgemeinschaften, falschen Zahlen und Fakten.

Als Politiker für dieses Land, wie sich die CDU-Vertreter gerne darstellen, hätten sie die Chance nutzen können, die tatsächlichen Prozesse zur Planung und Genehmigung den ca. 150 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern zu erläutern. Und auch zu erklären, wie sie die energie- und klimaschutzpolitischen Ziele, die auch ihre Kanzlerin in Paris auf der Weltklimakonferenz mit vereinbart hat, für Deutschland und Thüringen umzusetzen seien. Das Energieeffizienz-Gesetz der CDU taugte dafür allerdings nicht, denn es bleibt noch um 50 Prozent hinter den Effizienzvorgaben der Bundesregierung.

Der Machtverlust scheint schwer an der Thüringer CDU zu nagen, wie sonst erklärt sich die Zusammenfassung eines Podiumsteilnehmers am Ende des Forums: „Wir müssen wieder an die Macht...“ Gegen ein solches Agieren ist die Bürgerbeteiligung, die Rot-Rot-Grün in Thüringen beim Windkrafterlass praktiziert, vorbildlich auch über das Land hinaus.

Steffen Harzer, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion ■

Häufiger das Auto stehen lassen

Seit Jahren beginnt am Aschermittwoch die Aktion „Autofasten“, die dazu anregen soll, in der Fastenzeit vom 10. Februar bis Karsamstag (26. März) häufiger das Auto stehenzulassen und auf Bus und Bahn, das Fahrrad umzusteigen, verstärkt Carsharing zu nutzen - oder einfach zu Fuß zu gehen.

Dabei geht es nicht darum, das Autofahren schlechtzureden. Aber gerade die Fastenzeit kann willkommener Anlass sein, über sich selbst und einen Zugewinn an Lebensqualität nachzudenken. Der Verein Bus & Bahn Thüringen, die Evangelische Kirche Mittelthüringen sowie eine Reihe von Verkehrsunternehmen sind die Initiatoren dieser Aktion. So beteiligen sich z.B. Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, die DB Regio AG, die Erfurter Bahn, das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, das Umweltbundesamt, zahlreiche Städte und Landkreise mit konkreten Aktionen an dieser inzwischen weit verbreiteten Initiative. Eine große Zahl von kommunalen Thüringer Busunternehmen, auch der Verkehrsverbund Mittelthüringen bieten günstige „Fastentickets“ an. Sie sollen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtern.



Auch Vereine wie die Landesverkehrswacht Thüringen e.V., der ADFC und verdi Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen den Aufruf. Ich nehme ebenfalls seit einigen Jahren an der Aktion teil.

Jeder sollte versuchen, nach seinen Möglichkeiten einen etwas größeren Beitrag als sonst zu Klima- und Lärm-

schutz zu leisten oder die eigene Fitness zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu stärken. Da ein Viertel der mit dem Auto zurückgelegten Strecken kürzer als vier Kilometer ist, kann fast jeder ein Stückchen mitmachen. Das Autofasten ist eine gute Gelegenheit, damit anzufangen.

Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion

www.bus-bahn-thueringen.de

www.facebook.com/Autofasten.Thueringen ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Lange Schatten

Ein mangelndes „Verständnis von kritischem Diskurs“ wirft mir bei Facebook jemand vor. Es geht um die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Genauer gesagt: um den Umgang mit der Kreisfreiheit.

Der Treppenwitz bei der Sache: Derjenige, der weinerlich auf sein Recht eines „Andersdenkenden“ pocht (das ihm niemand beschneidet - wie könnte ich das auch), mir vorwirft, „nur die Sichtweise Ihrer Partei zu rezitieren“ (was ich nicht getan habe), jammert, dass ich mich den „inhaltlichen Aspekten“ seines Beitrags überhaupt nicht widme (was streng genommen dem vorangegangenen Vorwurf widerspricht) - derjenige ist (solche Zufälle gibt es) ein Kreisgeschäftsführer der CDU. Es muss ihm selbst peinlich gewesen sein, dass ich das so schnell herausgefunden und in die Debatte eingebracht hatte, dass er betonte, sein Post würde ja nur die eigene „Meinung widerspiegeln“. Na klar doch!

Die CDU hatte 24 Jahre Zeit, leistungsfähige kommunale Strukturen in Thüringen zu schaffen. Gelungen ist es ihr nicht. Der Kreisvorsitzende des jammernden Geschäftsführers ist ausgerechnet Jörg Geibert, der als Innen- und Kommunalminister genau daran grandios scheiterte. Das ist schlimm genug. Dann im Nachklapp nicht noch „kluge“ Ratschläge aus der CDU, inklusive parteilichem „Auf die Tränen drüse drücken!“ Der „Diskurs“ ist der CDU in Thüringen übrigens genau zu dem Zeitpunkt eingefallen, als sie Opposition wurde. Als Regierungspartei war sie komplett autistisch.

Am selben Tag melden die Medien übrigens neue Details zum Skandal um das Aktenlager Immelborn: die Polizei sei vom Innenministerium (damaliger Chef: Geibert) an der Amtshilfe für den Datenschutzbeauftragten gehindert worden. Das sind sie wieder, die langen Schatten der CDU-Herrschaft. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.